

N i e d e r s c h r i f t

über die 45. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 20. Juni 2008, 16:00 Uhr bis 19:05 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Herr Köckert , Herr Adam, Frau Leutheuser, Herr Lindig, Frau Mereuta, Frau Müller, Herr Dr. Oefner, Herr Dr. Sinn, Herr Straßburg, Herr Suck
	DIE LINKE.:	Frau May , Frau Duft, Herr Pechstädt, Herr Schenke, Herr Tikwe, H., Frau Werner
	SPD:	Frau Winter , Herr Gentzel, Herr Levknecht, Herr Dr. Schenk, Herr Tikwe, T.
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Herr Schweßinger , Frau Müller
	BfE:	Herr Gottstein , Frau Apel, Herr Rabe
	EA:	Herr Hofmann
	Fraktionslos:	Herr Hardel

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Doht
Bürgermeisterin, Frau Lieske
Dezernentin, Frau Rexrodt
Büroleiter OB, Herr Hartlep
Pressestelle, Herr Wuggazer
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Amtsleiter Rechts- und Organisationsamt, Herr Strathmann
Amtsleiterin Ordnungsamt, Frau Kirchner
Stellv. Amtsleiter Sozialamt, Herr Koch
Mitarbeiterin Sozialamt, Frau Päsler

Gäste: Herr Dr. Schmidt, sachkundiger Bürger
Herr Kocian, sachkundiger Bürger
Herr Jentsch, sachkundiger Bürger
Presse
Bürger

entschuldigt: Herr Klopffleisch – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Meyer – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Ruhkamp – CDU-Fraktion – verhindert
Herr Bauer – DIE LINKE. - verhindert

Herr Voß – DIE LINKE. – verhindert
 Frau Wolf – DIE LINKE. – verhindert
 Frau Stein – SPD – verhindert
 Frau Fischer – EA – verhindert

Schriftführer: Frau Steffan
 Frau Seelig

Die stellvertretende **Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, eröffnet die 45. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 19 Stadtratsmitglieder anwesend und 8 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, gratuliert allen Stadträten, die zwischen der letzten und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, erklärt, dass der Oberbürgermeister die folgenden Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zurückzieht:

- TOP 4: Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sitzung am 29. Mai 2008 –
 öffentlicher Teil
- TOP 14: Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebes Stadtwerke Eisenach

Des Weiteren teilt die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner mit, dass DIE LINKE.-Stadtratsfraktion den Tagesordnungspunkt 16 – Akteneinsicht - von der Tagesordnung zurückzieht.

Weiterhin erklärt die stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner, dass den Stadtratsmitgliedern am 12.06.2008 eine Einladung mit einer ergänzten Tagesordnung zugesandt wurde. Die Einladung zum Tagesordnungspunkt 19 - Brücke über die Hörsel/Mühlhäuser Straße; hier: überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle 63380.96030 - erfolgte gemäß § 35 Abs. 2 ThürKO wegen Dringlichkeit unter Verkürzung der Ladungsfrist.

Abstimmung über die Dringlichkeit des TOP 19:

21 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Da es keine weiteren Einwände gegen die Tagesordnung gibt, gilt die geänderte Tagesordnung als bestätigt.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, teilt mit, dass zur Sitzung keine Einwohneranfrage vorliegt.

Nr. 3 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Folgendes liegt in schriftlicher Form vor:

an die Fraktionsvorsitzenden

- Ergebnisprotokoll Arbeitsgruppe „Tor zur Stadt“

an die Stadtratsmitglieder

- Einladung – Das Eisenacher Mehrgenerationenhaus feiert – feiern sie mit!
- Einladung zur Eröffnung der Ausstellung – „... gerade Dich, Arbeiter, wollen wir“ am 23. Juni 2008, um 16.00 Uhr, im Markt 2, Erdgeschoss
- Einladung 13. Eisenacher Telemann-Tage
- Broschüre – Thüringer Regio Takte

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert, dass die Partnerstadt Waverly durch die Hochwasserflut des Mississippi schwer geschädigt ist. In diesem Zusammenhang bedankt sich der Oberbürgermeister für die Solidarität des Städtepartnerschaftsvereins. Herr Doht erklärt, dass er dem Bürgermeister von Waverly am Mittwoch ein Schreiben zugesendet hat, in dem er die Unterstützung der Stadt Eisenach zugesichert hat. Weiterhin teilt Herr Doht mit, dass in der nächsten Woche ein Bus mit 21 Eisenachern in die Partnerstadt Mogilew fährt. Nach Ansicht von Herrn Doht stellt dies einen Beitrag zur Bestätigung der Partnerschaft dar. Des Weiteren erinnert Herr Doht an den Aufruf an die Fraktionen bis heute Personen zu benennen, die an der Fahrt vom 19.- 22. August 2008 nach Sarospatak teilnehmen möchten. Abschließend teilt der Herr Doht mit, dass am Mittwoch der Bürgermeister der Partnerstadt Sedan, Herr Biellaudelle, im Alter von 58 Jahren verstorben ist. Auf Bitte des Oberbürgermeisters, Herrn Doht, legen die Stadtratsmitglieder im Gedenken an Herrn Biellaudelle eine Schweigeminute ein.

Nr. 4 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 44. Sitzung am 29. Mai 2008 – öffentlicher Teil

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 5 der TO: Wahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses der Stadt Eisenach

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, verweist auf das ausgereichte Austauschblatt!

Des Weiteren teilt Frau Werner mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss die Wahl mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen empfiehlt.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner, informiert, dass die Wahl nach den Bestimmungen des § 39 Abs. 2 ThürKO und § 22 Abs. 9 Geschäftsordnung des Stadtrates erfolgt. Jedes Stadtratsmitglied erhält einen Stimmzettel, auf dem der Name des Bewerbers für das stimmberechtigte Mitglied sowie der Name des Bewerbers für das stellvertretende stimmberechtigte Mitglied aufgeführt ist. Hinter dem Bewerber ist die alternative Möglichkeit, mit „JA“ oder „NEIN“ zu stimmen, zu finden. Der Bewerber ist gewählt, wenn mehr als die Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten mit „JA“ stimmt. Jedes Stadtratsmitglied hat eine Stimme. Erreicht der Bewerber nicht die Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Der Bewerber ist dann gewählt, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Gemäß § 22 Abs. 9b der Geschäftsordnung des Stadtrates werden die Stimmzettel von einer vom Stadtrat berufenen Wahlkommission ausgezählt, die das Ergebnis dem Vorsitzenden mitteilt.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner, bittet die Fraktionen um die Benennung der Mitglieder der Wahlkommission.

Mitglieder der Wahlkommission:

- | | |
|---------------------|-------------------------------------|
| 1. Herr Straßburg | - CDU-Stadtratsfraktion |
| 2. Frau Duft | - DIE LINKE.-Stadtratsfraktion |
| 3. Herr Levknecht | - SPD-Stadtratsfraktion |
| 4. Frau Apel | - BfE-Stadtratsfraktion |
| 5. Herr Schweßinger | - B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion |
| 6. Herr Hofmann | - EA-Stadtratsfraktion |

Die Mitglieder der Wahlkommission nehmen die Stimmzettel und die Wählerliste in Empfang.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner, erläutert das Wahlverfahren. Die Mitglieder des Stadtrates werden in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe aufgerufen. Jedes Stadtratsmitglied erhält von den Mitgliedern der Wahlkommission den Stimmzettel. Anschließend begibt sich jedes Stadtratsmitglied einzeln in eine freie Wahlkabine und kreuzt mit dem dort ausliegenden Kugelschreiber den Stimmzettel entsprechend an. Ungültig sind leere Stimmzettel, Stimmzettel mit Zusätzen und Stimmzettel, die den Willen des Stimmberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lassen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ungültig, so ist die Wahl zu wiederholen. Der ausgefüllte Stimmzettel ist in die Wahlurne zu werfen.

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, beginnt mit dem alphabetischen Aufruf der Stadtratsmitglieder.

Ausgabe des Stimmzettels an die Mitglieder des Stadtrates durch die Wahlkommission.

Wahlhandlung

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, fragt, ob ein anwesendes Mitglied des Stadtrates seine Stimme noch nicht abgegeben hat. Dies ist nicht der Fall. Damit ist die Wahlhandlung abgeschlossen und die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates bittet die Mitglieder der Wahlkommission mit der Stimmenauszählung zu beginnen.

Zur Feststellung des Wahlergebnisses ist die Sitzung von 16:20 Uhr bis 16:25 Uhr unterbrochen.

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, erklärt, dass die schriftlich und geheim durchgeführte Wahl folgendes Ergebnis erbrachte:

Wahlergebnis:

Wahl des stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses, Herrn Steve Hemleb

Stimmberechtigt:	37
Abgegebene Stimmen:	28
Ungültige Stimmen:	2
Gültige Stimmen:	26
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	1

Wahl des stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses, Frau Manuela Hohmann

Stimmberechtigt:	37
Abgegebene Stimmen:	28
Ungültige Stimmen:	3
Gültige Stimmen:	25
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	1

Der Stadtrat der Stadt Eisenach wählt:

- 1. Herrn Steve Hemleb zum stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Eisenach.**
- 2. Frau Manuela Hohmann zum stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses der Stadt Eisenach.**

Beschluss-Nr.: 0656/2008

**Nr. 6 der TO: 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der **Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann**, spricht sich gegen eine Änderung der Hauptsatzung aus. Herr Hofmann verweist auf den gefassten Grundsatzbeschluss, in dem der Oberbürgermeister ermächtigt wird, mit Zinsderivaten zu handeln. Auf Grund dieses Beschlusses soll nun die Hauptsatzung geändert werden, hierzu ist die qualifizierte Mehrheit notwendig. Herr Hofmann erinnert an die Abstimmung zum Grundsatzbeschluss. Damals gab es eine einfache Mehrheit und das damalige Abstimmungsergebnis würde nicht für eine qualifizierte Mehrheit ausreichen. Nach Ansicht von Herrn Hofmann hatte es seine Gründe, warum es so viele Gegenstimmen zum Grundsatzbeschluss gab. Die EA-Fraktion hat sich unter anderem dagegen ausgesprochen, weil aufgrund der Erfahrungen von anderen Städten ein hohes Risiko zu erwarten ist. Des Weiteren verweist Herr Hofmann auf das Schreiben vom Landesverwaltungsamt, in dem es heißt: „Wir gehen davon aus, dass fachkundiges Personal für den Abschluss und die Überwachung der abgeschlossenen Derivate vorhanden ist.“ Herr Hofmann weist darauf hin, dass genau dies auch für die EA-Fraktion wichtig ist. Es muss in der Finanzverwaltung geeignetes Personal vorhanden sein, um diese Geschäfte auch kontrollieren zu können. Nach Meinung von Herrn Hofmann kann man diese Angelegenheit nicht einer Bank übertragen, die darauf achten wird, für ihren eigenen Gewinn zu arbeiten. Herr Hofmann ist der Ansicht, dass man den Hinweis des Landesverwaltungsamts, dass man eigenes geeignetes Personal haben sollte, ernst nehmen muss. Abschließend stellt Herr Hofmann den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, hat Verständnis für manche Hemmschwellen. Herr Doht weist darauf hin, dass man diese Angelegenheit sehr ausführlich im Haupt- und Finanzausschuss besprochen hat. Für Herrn Doht ist es wichtig, dass man alle Möglichkeiten der Sparsamkeit nutzt. Herr Doht weist darauf hin, dass im Nachgang zum Grundsatzbeschluss der Beschluss gefasst wurde, die Wartburg-Sparkasse, die eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, damit zu beauftragen. Weiterhin macht Herr Doht deutlich, dass dieses Verfahren auch ein Punkt des Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist. Nach Ansicht von Herrn Doht hat man mit der Wartburgsparkasse gut geschultes Personal zur Verfügung. Des Weiteren hat ein Mitarbeiter der Finanzverwaltung bereits an entsprechenden Schulungen teilgenommen. Es wird in der nächste Woche eine weitere Schulung geben, in der die Mitarbeiter der Finanzverwaltung geschult werden. Damit wird alles getan, fachkundiges Personal zu holen und das eigene Personal an diese Problematik heranzuführen. Herr Doht hat keine Sorge, dass man die Anforderungen des Landesverwaltungsamtes nicht erfüllt.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag – namentliche Abstimmung:

5 Stimmen dafür
1 Stimme dagegen
23 Stimmenthaltungen

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, weist darauf hin, dass der Beschluss gemäß § 20 Abs. 1 ThürKO der Mehrheit aller Mitglieder des Stadtrates bedarf, d. h. 19 Stimmen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die 12. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Eisenach.

	Ja	Nein	Enthaltung
Adam, Dieter		X	
Apel, Heike	X		
Bauer, Thomas	-----		
Doht, Matthias	X		
Duft, Lydia			X
Fischer, Ursula	-----		
Gentzel, Heiko	X		
Gottstein, Peter	X		
Hardel, Jens			X
Hofmann, Friedrich Christoph		X	
Klopfleisch, Sebastian	-----		
Köckert, Christian	X		
Leutheuser, Heinke		X	
Levknecht, Thomas	X		
Lindig, Manfred	X		
May, Karin	X		
Mereuta, Roxana-Maria		X	
Meyer, Bernd	-----		
Müller, Regina	X		
Müller, Regina Gudrun			X
Dr. Oefner, Klaus		X	
Pechstädt, Frank		X	
Rabe, Horst	X		
Ruhkamp, Martin	-----		
Dr. Schenk, Wolfgang	X		
Schenke, Uwe			X
Schweßinger, Stefan	X		
Dr. Sinn, Volker	X		
Stein, Regina	-----		
Straßburg, Günter	X		
Suck, Dieter	X		
Tikwe, Herbert			X
Tikwe, Torsten	X		
Voß, Jörg	-----		
Werner, Inge	X		
Winter, Christiane	X		
Wolf, Katja	-----		
Ergebnis	18	6	5

Beschluss-Nr.: 0657/2008

Damit ist der Beschluss abgelehnt.

**Nr. 7 der TO: Verwaltungskostensatzung der Stadt Eisenach
hier: Einbringung**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat nimmt den Entwurf der Verwaltungskostensatzung der Stadt Eisenach zur Kenntnis und verweist ihn zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

**Abstimmung: 29 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0658/2008

Nr. 8 der TO: Bestellung der Mitglieder für den Ausländerbeirat gemäß § 10 der Hauptsatzung der Stadt Eisenach

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, weist auf das ausgereichte Austauschblatt hin.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Die Bestellung von**
Herrn Van Dang Huu
Herrn Ali Mohammed Musa
Frau Valeria Costescu
Frau Dijana Arab
als ausländisches Mitglied in den Ausländerbeirat der Stadt Eisenach.
- 2. Die Bestellung von**
Herrn Gerald Kocian
Frau Anne-Katrin May
als Bürger der Stadt Eisenach in den Ausländerbeirat der Stadt Eisenach.

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0659/2008

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, bestellt Herrn Musa, Frau Costescu, Frau Arab und Herr Kocian zu Mitgliedern des Ausländerbeirates.

Nr. 9 der TO: **Grundsatzbeschluss „ZOB Eisenach“**

Die **stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner**, weist auf das ausgereichte Austauschblatt hin.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

In Ergänzung des Grundsatzbeschlusses Nr. 111/2005 soll untersucht werden, ob der Zentrale Omnibusbahnhof (ZOB) in den Bereich zwischen Gabelsberger Straße, Müllerstraße und Bahnhofstraße verlegt werden kann. Soweit sich nach Klärung der Rahmenbedingungen die Machbarkeit gemäß Studie vom 09.06.2008 (Anlage 1) bestätigt, soll der Grundsatzbeschluss Nr. 111/2005 vom 21.01.05 entsprechend geändert vorgelegt und dem Oberbürgermeister aufgetragen werden, die weiteren Schritte zur Realisierung des ZOB und des externen Busbereitstellungsplatzes vorbehaltlich der haushaltsseitigen Absicherung vorzubereiten.

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0660/2008

Nr. 10 der TO: **6. Änderungssatzung zur Satzung über das Erheben von Straßenausbaubeiträgen (SAB) der Stadt Eisenach**
 hier: Beratung und Beschlussfassung

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

unter Verzicht auf eine zweite Beratung nach § 15 II Geschäftsordnung, die 6. Änderungssatzung zur Satzung über das Erheben von Straßenausbaubeiträgen (SAB) der Stadt Eisenach in der als Anlage beigefügten Fassung.

Abstimmung: 9 Stimmen dafür
 3 Stimmen dagegen
 17 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0661/2008

Nr. 11 der TO: Grundstück Karlstraße 33/35, Flur 55, Flurstück 5139/1, Entlassung aus dem Sanierungsgebiet und Löschung des Sanierungsvermerks

Die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Werner**, weist auf den ausgereichten Flurkartenauszug an die Fraktionsvorsitzenden hin.

Der Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 8 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

die Entlassung des Grundstückes Karlstraße 33/35, Flur 55, Flurstück 5139/1 aus dem Sanierungsgebiet Innenstadt sowie die Bewilligung der Löschung des in Abt. II des Grundbuches von Eisenach, Blatt 6379 eingetragenen Sanierungsvermerks.

Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0662/2008

Nr. 12 der TO: Erhebung von Bearbeitungsentgelten für Kaufverträge, Erbbaurechtsverträge und weitere grundstücksbezogene Regelungen

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, informiert aufgrund der Nachfrage von Frau May im Haupt- und Finanzausschuss, dass unter Gartenpachtverträge bei besonderer Vorteilslage des Pächters zu verstehen ist, die eine günstige Lage, Zuschnitt oder ähnliches haben, wie zum Beispiel wohnhausnahes Gartenland, Vorgärten, Arrondierungsflächen (Abrundungsflächen) im Innenbereich, bei dem der Bodenwert die Berechnungsgrundlage für den Pachtzins bildet. Besondere Vorteilslage heißt also, dass das Pachtgrundstück für den Pächter einen Nutzwert über die normale übliche Gartenverpachtung hinaus hat und das Bearbeitungsentgelt in Relation zum Pachtzins

steht. Weiterhin merkt Frau Rexrodt an, dass es sich hier um Aufwendungen der Verwaltung handelt, die bisher keiner Vergütung unterlagen, aber oftmals sehr aufwendig sind. In vielen Fällen hat der Antragsteller einen Wertvorteil bei Abschluss eines solchen Rechtsgeschäftes.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um einen Beschluss handelt, der Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes ist. Herr Köckert weist darauf hin, dass das Haushaltssicherungskonzept von einer bestimmten Mehrheit getragen wurde. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass auch diese Mehrheit die einzelnen Folgebeschlüsse trägt. Die CDU-Fraktion wird aus diesem Grund diesen Beschluss ablehnen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, sieht im Gegensatz zu Herrn Köckert diesbezüglich eine andere Logik. Für Herrn Schenke ist es wichtig, wie die Bürger belastet werden. Es ist ein Unterschied, ob eine Belastung für den Bürger in Höhe von 0,50 €, 500,00 € oder 5.000 € entsteht.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, da die Verwaltungsgebühren für solche Rechtsgeschäfte auf 100 € beschränkt sind und wenn man beispielsweise eine Jagdpacht bezahlen kann, kann man auch diese Verwaltungsgebühren bezahlen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Erhebung von Bearbeitungsentgelten im Zusammenhang mit den Bearbeitungsaufwendungen für nachfolgende privatrechtlichen Grundstücksgeschäfte
 - a) Verkauf von Grundstücken bzw. Grundstücksteileflächen
 - b) Tausch von Grundstücken bzw. Grundstücksteilflächen mit Vorteilslage für den Käufer
 - c) Vergabe von Erbbaurechten
 - d) Bewilligung von Dienstbarkeiten
 - e) Duldungsvereinbarung bei Überbauungen
 - f) Abschluss von Pachtverträgen wie :
 - Landpachtverträge
 - Jagdpachtverträge
 - Fischereipachtverträge
 - Pachtverträge für gewerbliche Nutzung
 - Garagenpachtverträge sowie Überleitungsverträge, sogenannte Dreiecksverträge
 - Gartenpachtverträge bei besonderer Vorteilslage des Pächters
 - Sonderpachtverträge
2. Die Höhe der Bearbeitungsentgelte wird bemessen auf 1 Promille der Vertragssumme/Geschäftswert jedoch mindestens 20,00 Euro /Vertrag und maximal 100,00 Euro/ Vertrag
3. Die Erhebung von Bearbeitungsentgelten erfolgt ab 01.07.08 für vollzogene Rechtsgeschäfte

Abstimmung: **15 Stimmen dafür**
 12 Stimme dagegen
 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0663/2008

Nr. 13 der TO: **Zweite Erhöhung der Grundstückspacht (Nutzungsentgelt) für Garagengrundstücke der Stadt Eisenach (Kernstadt und Ortsteile)**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, erklärt, dass die vorliegende Beschlussvorlage auch Teil des beschlossenen Haushaltskonsolidierungskonzeptes ist, ohne dass diese Vorlage den Anspruch hat, ein großes Haushaltsloch zu stopfen. Herr Schenke teilt mit, dass die DIE LINKE.-Stadtratsfraktion dieser Vorlage zustimmt, auch weil es sich hierbei um moderate Preise handelt und die Ortsüblichkeit gegeben ist. Für Herrn Schenke ist es jedoch nicht hinnehmbar, dass die von der 100%igen Tochtergesellschaft SWG gleichzeitig vorgenommene Erhöhung bei ca. 400 Pachtverträgen um teilweise das 3-fache steigt. Aus Sicht von Herrn Schenke verstößt dieses Verfahren nicht nur gegen den Gleichheitsgrundsatz, sondern auch gegen die Kriterien der Nutzungsentgeltverordnung, also Ortsüblichkeit und Angemessenheit. Für Herrn Schenke ist die von Herrn Köckert im Haupt- und Finanzausschuss ins Gespräch gebrachte Umkehrlogik, dass die städtischen Pachten denen der SWG angeglichen werden, nicht rechtens. Herr Schenke teilt mit, dass die Ortsüblichkeit in Eisenach derzeit bei 70 € liegt. Herr Schenke fordert den Aufsichtsrat der SWG auf, den Beschluss zurückzunehmen, auch um auf die SWG zukommenden Gerichtskosten zu sparen.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, empfiehlt zunächst, dass man selbst an den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses teilnimmt, um die Diskussionen auch vollständig zu verfolgen. Anschließend macht Herr Köckert darauf aufmerksam, dass der SWG-Aufsichtsrat nach seinem Kenntnisstand einstimmig diese Erhöhung beschlossen hat, also auch von Vertretern der DIE LINKE.-Fraktion. Für Herrn Köckert ergibt sich daraus die Frage, warum man dann von Seiten der DIE LINKE.-Fraktion so spät mit Hinweisen kommt.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, erklärt, dass sie selbst im Aufsichtsrat der SWG dieser Vorlage zugestimmt hat. Frau May weist darauf hin, dass der Berechnungsmodus, der dabei vorgestellt wurde, nicht so leicht hinsichtlich der Auswirkungen durchschaubar war. Frau May erklärt, dass sich der Widerspruch zur Entgeltordnung erst im Nachhinein herausgestellt hat. Für Frau May wäre es konsequent, wenn ein einheitlicher Maßstab unter Berücksichtigung der Ortsüblichkeit gefunden würde.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, macht darauf aufmerksam, dass man im Stadtrat nur über die Pachten reden kann, die in der Verantwortung der Stadt liegen. Der Stadtrat ist nicht befugt, über Angelegenheit einer Gesellschaft zu diskutieren. Weiterhin weist Herr Doht darauf hin, dass der Stadtrat zwar einen Gesellschafter anweisen kann, aber

er kann kein Aufsichtsratsmitglied anweisen, denn diese sind weisungsungebunden. Herr Doht lehnt es ab, im Stadtrat über Abstimmungen nichtöffentlicher Aufsichtsratssitzung einer Gesellschaft zu diskutieren. Abschließend informiert Herr Doht, dass der überwiegende Anteil von Garagen in Eisenach nicht in Verantwortung der Stadt oder der SWG liegen, sondern es sich um Garagengemeinschaften handelt. Hier sind ganz andere Konditionen gegeben.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Die Erhöhung des Nutzungsentgeltes für Garagengrundstücke in der Stadt Eisenach (Kernstadt) auf 75,00 Euro je Garagenstellplatz im Jahr.
2. Die Erhöhung des Nutzungsentgeltes für Garagengrundstücke in der Stadt Eisenach (Ortsteile) auf 40,00 Euro je Garagenstellplatz im Jahr.
3. Die Erhöhung der Nutzungsentgelte (Punkte 1 und 2) wird ab 01.10.2008 wirksam.

Abstimmung: 14 Stimmen dafür
 10 Stimmen dagegen
 4 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0664/2008

Nr. 14 der TO: Jahresabschluss 2006 des Eigenbetriebs Stadtwerke Eisenach

Die Beschlussvorlage wurde von der Tagesordnung zurückgezogen.

Nr. 15 der TO: Erneuerung der Adam-Opel-Straße, 1.BA
hier: überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 497.475,00 € in der
Haushaltsstelle 63000.96015

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

die überplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben „Erneuerung der Adam-Opel-Straße, 1. BA“ in Höhe von 497.475,00 € in der Haushaltsstelle 63000.96015 vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2008.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen:

63000.35115 Straßenausbaubeiträge Adam-Opel-Straße	in Höhe von	441.475,00 €
61500.98790 Zuschuss private Maßnahmen Stadtsanierung	in Höhe von	<u>56.000,00 €</u>
		497.475,00 €

Begründung, warum die Deckung möglich ist:

63000.35115 Straßenausbaubeiträge Adam-Opel-Straße

Durch die Erhöhung der Kosten der Maßnahme erhöhen sich auch die beitragsfähigen Kosten und somit die Beiträge, die mit 80 % Vorauszahlung festgelegt wurden.

SAB Haushalt 2008 419.000,00 €

SAB neu nach Angebot 860.475,00 €

Mehreinnahme 441.475,00 €

Dieser Betrag kann zur Deckung herangezogen werden.

61500.98790 Zuschuss private Maßnahmen Stadtsanierung

Eine Teilmaßnahme hieraus ist die Sanierung des Objektes Mönchstraße 3. Die Stadt verzichtet auf die Bereitstellung von Fördermitteln zuzüglich Eigenanteil für v.g. Objekt (Zuwendungsbescheid ist noch nicht erfolgt) in diesem Jahr und verschiebt die Veranschlagung nach 2009. Somit steht ein städtischer Anteil in Höhe von 56.000,00 € zur Deckung zur Verfügung. Die Deckung ist durch Minderausgaben bei der HH-Stelle 61500.98790 in Höhe von 280.000,00 € und Mindereinnahmen bei der HH-Stelle 61500.36100 in Höhe von 224.000,00 € möglich.

Der defizitäre Betrag in Höhe von 497.475,00 € setzt sich wie folgt zusammen:

noch zur Verfügung stehende HH-Mittel	701.377,50 €
zu beauftragende Bausumme lt. Submission	<u>1.478.852,50 €</u>
	- 777.475,00 €
VE 2009	<u>280.000,00 €</u>
	<u>- 497.475,00 €</u>

Abstimmung: **20 Stimmen dafür**
 1 Stimme dagegen
 8 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0665/2008

Nr. 16 der TO: **Antrag der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion - Akteneinsicht**

Der Antrag wurde von der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion zurückgezogen.

Nr. 17 der TO: **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion – Antrag auf Prüfung eines Verwaltungsvorganges durch die Kommunalaufsicht**

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert**, begründet den Antrag.

Das **Stadtratsmitglied, Herr Gentzel**, weist daraufhin, dass es schon öfter die Diskussion über Öffentlichkeit / Nichtöffentlichkeit von Ausschüssen gegeben hat. Für Herrn Gentzel ist es nicht verständlich, warum man in einer nichtöffentlichen Sitzung diskutiert und die Angelegenheit dann in der Öffentlichkeit aufbauscht. Nach Ansicht von Herrn Gentzel ist es klar, wie die Prüfung beim Landesverwaltungsamt ausgeht. Man wird in Thüringen nur Präsident des Landesverwaltungsamt, wenn man das Parteibuch der CDU hat. Herr Gentzel erachtet es nicht für fair, dass man in dieser Angelegenheit der Mehrheit des Stadtrates unterstellt, dass etwas geschoben wird und auf der anderen Seite das Landesverwaltungsamt einschaltet, welches von einem überzeugten CDU-Mitglied geführt wird. Abschließend erklärt Herr Gentzel, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, weist aufgrund von manchen Aussagen in der Presse zunächst darauf hin, dass er dieses Grundstück nicht privat gekauft hat, sondern er als Oberbürgermeister den Auftrag erteilt hat, dass die Stadt dieses Grundstück kauft. Herr Doht macht deutlich, dass er diese Entscheidung immer wieder so treffen wird, weil er überzeugt ist, dass es eine wichtige, verantwortungsvolle Entscheidung für die Stadt

und die Regionalentwicklung in diesem Bereich ist. Für Herrn Doht ist unverständlich, warum man aus parteipolitischem Interesse die Aussagen des Fachamtes, des Dezernates, des Rechnungsprüfungsausschusses sowie eines Ingenieurbüros ignoriert. Weiterhin teilt Herr Doht mit, dass aufgrund der Öffentlichkeitswirkung dieser Angelegenheit sich mittlerweile 3 Interessenten gemeldet haben, die dieses Grundstück erwerben möchten. Herr Doht macht deutlich, dass es genau dies war, warum die Stadt das Grundstück gekauft hat. Es soll eine gewerbliche Nutzung auf diesem Gebiet unterbunden werden, damit dieses Gebiet als Luftschneise wirkt. Hinsichtlich des beauftragten Ingenieurbüros informiert Herr Doht, dass dieses bereits den Abriss von 40 solcher Heizwerke begleitet hat. Herr Doht macht nochmals deutlich, dass finanziell in den nächsten 10 Jahren kein Handlungsbedarf besteht. Herr Doht fordert die Stadtratsmitglieder auf, wieder zu einer sachlichen Stadtentwicklung zurückzukommen. Abschließend verweist Herr Doht auf Entscheidungen von früheren Oberbürgermeistern hinsichtlich des Ankaufs von Grundstücken, die von seiner Seite nicht thematisiert wurden, weil sie fachlich in Ordnung waren.

Der **Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Köckert**, erklärt, dass die Ausführungen von Herrn Gentzel zur Kommunalaufsicht interessant sind, weil von Seiten der SPD verschiedene Dinge an das Landesverwaltungsamt herangetragen wurden, egal wer Präsident war. Herr Köckert hat mehr Vertrauen in die Fachunabhängigkeit der Kommunalaufsicht. Nach Ansicht von Herrn Köckert sollte der Oberbürgermeister viel und lange reden, denn dabei kommt noch anderes zutage. Herr Köckert stellt klar, dass der Verweis auf die Parteipolitik Quatsch ist. Hierzu verweist Herr Köckert auf das Abstimmungsverhalten der CDU in den vergangenen 2 Jahren, woran die Verantwortlichkeit für die Stadt erkennbar ist. Nach Ansicht von Herrn Köckert kann sich der Oberbürgermeister nicht über die CDU beklagen, eher über sein Bündnis. Herr Köckert weist den Vorwurf zurück, dass er aus parteipolitischem Interesse Spielchen betreibe. Herr Köckert stellt nochmals klar, dass Tatsache ist, dass der Kauf dieses Grundstückes zweimal dem Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt wurde. Der Haupt- und Finanzausschuss hat dabei Fragen gestellt und um Beantwortung gebeten. Die Fragen wurden jedoch nicht beantwortet, sondern es wurde der Preis heruntergehandelt und am Haupt- und Finanzausschuss vorbei dieses Grundstück gekauft. Für Herrn Köckert zeigt der Oberbürgermeister mit seinen Äußerungen seine Ignoranz gegenüber den Stadtratsmitgliedern. Herr Köckert weist darauf hin, dass, wenn alles klar gewesen wäre bei dieser Angelegenheit, dann der Oberbürgermeister auch die breite Mehrheit des Haupt- und Finanzausschusses erhalten hätte. Nach Ansicht von Herrn Köckert hat der Oberbürgermeister einen eklatanten Fehler gemacht. Der Fehler liegt nicht unbedingt darin, dass dieses Grundstück am Ende gekauft wurde, sondern dass der Haupt- und Finanzausschuss durch Herunterhandeln des Kaufpreises umgangen wurde, weil der Oberbürgermeister zum einen vielleicht zu bequem waren, die Fragen zu beantworten oder zum anderen weil der Oberbürgermeister sich seiner Argumente nicht sicher war. Abschließend erklärt Herr Köckert, wenn es sich um vernünftige städteplanerische Entscheidungen handelt, findet der Oberbürgermeister auch eine breite Mehrheit.

Die **Fraktionsvorsitzende der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion, Frau May**, bittet um Beendigung der Debatte. Die Kommunalaufsicht wird es prüfen und entscheiden.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert, dass er diesem Antrag zustimmen wird.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

1. Der Stadtrat bittet die Kommunalaufsicht, den Verwaltungsvorgang „Kauf des Flurstücks Nr. 1237/14 (Heizwerk im Palmental) hinsichtlich der Frage, ob mit dem o. g. Kauf § 29, Abs. 2, Satz 1 ThürKO beachtet oder verletzt wurde zu prüfen.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Gesamtvorgang mit der Prüfbitte und diesem Beschluss unverzüglich an die Kommunalaufsicht zu übergeben. Eine Kopie der übersandten Unterlagen und Anschreiben ist im Büro Stadtrat zu hinterlegen und für jedes Stadtratsmitglied einzusehen.
3. Über das Ergebnis der Prüfung hat der Oberbürgermeister in der nächsten Stadtratssitzung nach Eingang des Prüfungsergebnisses dem Stadtrat zu berichten.

Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0666/2008

Nr. 18 der TO: **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Überführung Privatgrab des ehemaligen Oberbürgermeisters Karl Hermann in ein Ehrengrab**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Die **Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Frau Winter**, begründet den Antrag.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Das Privatgrab von Karl Hermann, dessen Laufzeit demnächst endet, aufgrund seiner Verdienste um unsere Stadt, in ein Ehrengrab überzuführen.

Abstimmung: 25 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0667/2008

Nr. 19 der TO: **Brücke über die Hörsel / Mühlhäuser Straße
 hier: überplanmäßige Ausgabe in der Haushaltsstelle
 63380.96030**

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 3 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 4 Stimmenthaltungen.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, begründet die Beschlussvorlage.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bereitstellung von überplanmäßigen Finanzmitteln für das Bauvorhaben Brücke über die Hörsel im Zuge der Mühlhäuser Straße in Höhe von 696.500,00 € in der HH-Stelle 63380.96030.

Die Deckung erfolgt aus der zusätzlichen Einnahme in Höhe von 650.400,00 € und aus der HH-Stelle 88000.93200 - Erwerb von Grundstücken in Höhe von 46.100,00€, vorbehaltlich der Bewilligung von zusätzlich 650.400,00 € Fördermitteln (Gesamtfördermittel von 2.175.400,00 €) für die HH-Stelle 63380.36130 und Genehmigung des Haushaltes 2008.

Abstimmung: **29 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0668/2008

Nr. 20 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 316/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
 Thema: Arbeit des Versorgungsamtes per 01. Mai für Eisenach
 Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Reg.-Nr. 325/2008 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
 Thema: Stand der Planungen für die Berufsschule
 Das **Stadratsmitglied, Herr Hofmann**, bittet das in der
 Beantwortung angegebene Gutachten zur Verfügung zu stellen.

Reg.-Nr. 326/2008 Anfrage der EA-Stadtratsfraktion
 Thema: Tor zur Stadt
 Das **Stadratsmitglied, Herr Hofmann**, fragt, ob es die
 Stadtverwaltung für ausreichend hält, auf eine Analyse der Kaufkraft
 von über 10 Jahren zu verweisen. Des Weiteren fragt Herr
 Hofmann, worauf sich die Aussage stützt, dass es keine negative
 Entwicklung auf Arbeitskräfte anderer Handelseinrichtungen
 geben wird.

Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, erklärt, dass man sich nicht nur
 auf ein Gutachten von vor 10 Jahren stützt. Herr Doht informiert,
 dass ihm vorige Woche das aktuelle Kaufkraftgutachten der IHK
 vorgelegt wurde, wonach Eisenach den größten Kaufkraftindex in
 Thüringen hat.

Die **Dezernentin, Frau Rexrodt**, verweist auf die vorgestellten
 Gutachten in den Ausschüssen hinsichtlich der Ansiedlung eines
 Marktes am Randgebiet von Eisenach. Weiterhin verweist sie auf
 Gutachten, wonach Einkaufszentren in dieser Größe den Handel in
 der Innenstadt beleben.

Herr Hofmann ist der Ansicht, dass die aktuellen Gutachten in die Beantwortung hätten mit einfließen sollen.

- Reg.-Nr. 327/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: persönliches Budget für Behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 328/2008 Anfrage der DIE LINKE.-Stadtratsfraktion
Thema: Verbindungskommandos
Das **Stadtratsmitglied, Herr Schenke**, fragt, ob es ein Zivilbeamter ist oder jemand von der Bundeswehr.
- Der **Oberbürgermeister, Herr Doht**, informiert, dass von Seiten der Stadt eine Bürofläche im Gebäude der Feuerwehr zur Verfügung gestellt wird. Weiterhin teilt Herr Doht mit, dass diese Stelle nicht mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt ist, sondern dass diese Aufgabe von Reserveoffizieren ehrenamtliche wahrgenommen wird.
- Reg.-Nr. 329/2008 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Bezahlung der Mitarbeiter in städtischen Gesellschaften
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 330/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Handhabung investiver Mittel in der Zuständigkeit der Ortschaftsräte
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 331/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Projekte des LEADER-Programms im Zuständigkeitsbereich der Stadt Eisenach
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.
- Reg.-Nr. 332/2008 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion
Thema: Instandsetzungsmaßnahme Gehweg am „Brunnenkeller“
Es werden keine Zusatzfragen gestellt.

Ende der öffentlichen Sitzung um 17:40 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Die nächste Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach findet am 07. Juli 2008 statt.

Werner
Stellvertretende Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Seelig
Schriftführerin